



Keynote 1

## **Das fragile digitale Wir**

Über den Wandel der liberalen Demokratie

**Gary S. Schaal**

Professor für Politikwissenschaft, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

**Der Wandel der liberalen  
Demokratie und das fragile digitale  
"wir"**

von Prof. Dr. Gary S. Schaal

# Inhaltsverzeichnis

1. Erkenntnisinteresse und Ansatz	4
1.1 Vulnerabilität und Resilienz – zentrale Konzepte der Analyse	4
1.2 Die zentrale These des Vertrages	5
2. Klassische Faktoren der Resilienz liberaler Demokratien	6
2.1 Normativer Individualismus	6
2.2 Ein schwaches Konzept des demokratischen „Wir“	6
2.3 Affekt- und Emotionsaversität des demokratischen Prozesses	6
2.4 Hohe Apationsfähigkeit	7
3. Skizze der Vulnerabilitäten zeitgenössischer liberaler Demokratien	8
3.1 Digitalisierung	8
3.1.1 Informationskapitalismus	8
3.1.2 Kultur der Singularitäten	8
3.1.3 Komplexitätssteigerung und Emergenz	9
3.2 Die hohe Adaptionfähigkeit der Demokratie	9
4. Porträt der Vulnerabilitäten zeitgenössischer liberaler Demokratien	10
4.1 Die Kultur der Singularisierung	10
4.1.1 Demokratiegefährdende Aspekte der Kultur der Singularität	11
4.2 Hohe Anpassungsfähigkeit der Demokratie	15
5. Zivilgesellschaftliches Problembewusstsein als Ressource demokratischer Resilienz.	17

## 1. Erkenntnisinteresse und Ansatz

Demokratie ist eine politische Herrschaftsform, bei der eine Gruppe von Menschen sich zusammen schließt, um möglichst autonomieschonend Herrschaft über sich selbst auszuüben. Jede Demokratie besitzt damit ein „Wir“ i.S. eines *politischen* Kollektivs, das über sich selbst regiert. Dieses „Wir“ verändert sich durch Prozesse der Digitalisierung nachhaltig.

Im folgenden reflektiere ich über den gegenwärtigen Transformationsprozess der liberalen Demokratie unter Bedingungen forcierter Digitalisierung. Seher bewusst wende ich mich von der allgemeinen Krisenrhetorik, die derzeit die Diskussion über Digitalisierung und Demokratie dominiert, ab. Der wichtigste Grund besteht darin, dass das Konzept der Krise vorsieht, dass man nach der Rekonvaleszenz zum (gesunden) Status quo ante zurückkehrt. Diese Option besteht nicht für die Demokratie nicht mehr. Die Krise der Demokratie ist in der Öffentlichkeit zu einer permanenten Krise undefiniert worden und somit jedes analytischen Mehrwertes beraubt.

### 1.1 Vulnerabilität und Resilienz – zentrale Konzepte der Analyse

Jenseits alles Krisenrhetorik sind wir Zeitgenossen eines in seiner Geschwindigkeit und Intensität historisch einmaligen Transformationsprozesses demokratischer Gesellschaften. Um die Richtung, d.h. um die die Gefahren und Verheißungen, dieser Transformationsprozesse besser verstehen zu können, ist es hilfreich, ein analytisches Rahmenkonzept anzuwenden, in dessen Zentrum das Begriffspaar Vulnerabilität und Resilienz steht.

Resilienz ist ein Konzept, das ursprünglich aus der Psychologie stammt und die Widerstandsfähigkeit des psychischen Systems gegen Stress bezeichnet. Dieses Konzept findet seit einiger Zeit auch in der Politikwissenschaft und hier insbesondere in der empirischen Demokratieforschung Anwendung. In diesem Forschungskontext bezeichnet Resilienz die Widerstandsfähigkeit des demokratischen Systems. Das korrespondierende (Gegen-)Konzept ist jenes der Vulnerabilität. Es bezeichnet die Verletzlichkeit eines demokratischen Systems und die Gründe, aus denen diese sie resultiert. Wenn ich im Folgenden über die Transformation der Demokratie unter Bedingungen der Digitalisierung reflektiere, tue ich dies entlang der Differenzierung von Vulnerabilität und demokratischer Resilienz.

Obwohl die Demokratie eine sehr voraussetzungsvolle Staatsform ist, war sie die

Erfolgreichste im 20. Jahrhundert. Sie scheint den Zenit ihres Erfolges jedoch historisch überschritten zu haben, befindet sie sich doch seit mindestens 10 Jahren im globalen Maßstab unter Stress (vgl. die Messungen von Freedom House). Nicht nur sank ihre absolute Zahl, auch die demokratische Qualität der etablierten Demokratien nahm im Durchschnitt ab.

Auf der Suche nach Erklärungen für diese Entwicklungen geraten das Internet, Big Data und allgemein gesprochen Prozesse der Digitalisierung in den Fokus der Aufmerksamkeit. Doch wie häufig, wenn man Digitalisierungsprozesse und ihre Effekte analysiert, greifen einfache lineare Erklärungsmodelle nicht. Auch die Überlegungen, die ich im Folgenden ausbreite, besitzen einen paradoxen Charakter.

## **1.2 Die zentrale These des Vertrages**

Ich vertrete die These, dass jene Faktoren, die in den letzten Jahrhunderten Garanten des Erfolges und entscheidend für demokratische Resilienz waren, ihren Charakter ins Gegenteil verkehren und im Zuge der Digitalisierung zu zentralen Faktoren von Vulnerabilität mutieren. Vergangene Stärken werden zu aktuellen Schwächen!

## **2. Klassische Faktoren der Resilienz liberaler Demokratien**

In einem ersten Schritt werde ich jene „klassischen“ Faktoren nennen, die zur Resilienz der Demokratie und damit auch zu ihrem Erfolg im 20. Jahrhundert (d.h. in modernen Gesellschaften) entscheidend beigetragen haben. Diese Liste ist natürlich nicht erschöpfend. Sie bezieht sich vor allem auf jene Faktoren, in denen das demokratische „Wir“ eine herausragende Rolle spielt.

### **2.1 Normativer Individualismus**

Fast alle Demokratien auf der Welt sind *liberale* Demokratien. Sie stehen in der Tradition der Aufklärung, hinsichtlich der Idee der Menschenwürde insbesondere in der Kantischen Tradition, und zeichnen sich durch ihren starken *normativen Individualismus* aus. Der liberale normative Individualismus verzichtet darauf, hohe Tugenderwartungen an die Bürgerinnen und Bürger zu stellen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Orientierung am Eigennutz ist konstitutiv für das liberale Bürgerbild.

### **2.2 Ein schwaches Konzept des demokratischen „Wir“**

Einher mit der normativen Prämierung des Individualismus geht ein schwaches Konzept eines demokratischen „Wir“. „Schwach“ bezieht sich darauf, dass das Set der gemeinsam geteilten Werte und Normen reduziert ist und primär den Bereich des Politischen umfasst und somit keine umfassende Theorie des guten Lebens darstellt (vgl. Rawls 1993).

Das „Wir“ bezieht sich maßgeblich darauf, dass sich eine Gruppe von Menschen als ein *politisches* Kollektiv ansieht, welches sich demokratisch selbst regieren will. Notwendig ist hierfür, dass die zentralen Prinzipien, Verfahren und Regelungen der Demokratie, insbesondere die Rechtsstaatlichkeit und das Mehrheitsprinzip, kollektiv und am besten einstimmig geteilt werden. Insofern liegt eine schwache Theorie eines *politischen* „Wir“ und nicht eines kulturell-werthaften „Wir“ vor.

### **2.3 Affekt- und Emotionsaversität des demokratischen Prozesses**

In der Tradition der Aufklärung steht auch, dass die liberale Demokratie einen starken Fokus auf die Rationalität und Vernunft der Bürgerinnen und Bürger legt (vgl. S. Holmes: *Passion and Constraints*). Der Liberalismus hat in den letzten zwei Jahrhunderten die Emotionen – zum größten Teil erfolgreich – aus dem demokratischen Prozess verbannt (vgl. Schaal/Heidenreich 2012; 2013). Die Orientierung an einer relativ affektfreien Politik umfasst das Kollektiv der

Staatsbürgerinnen und -bürger als Ganzes. Wie Hirschman gezeigt hat, wurden die emotionsgetriebenen und unregierbaren *Leidenschaften* des Bürgerinnen im Liberalismus durch rationale und somit berechen- und steuerbare *Interessen* substituiert.

## **2.4 Hohe Apationsfähigkeit**

Die Demokratie hat sich als eine besonders adaptionsfähige politische Herrschaftsform bewährt. Ihre Fähigkeit, sich an neue gesellschaftliche Umwelten und deren Herausforderungen anzupassen, war ein zentraler Faktor der demokratischen Resilienz.

### **3. Skizze der Vulnerabilitäten zeitgenössischer liberaler Demokratien**

Der analytische Komplementärbegriff zu Resilienz ist jener der Vulnerabilität, der Verletzlichkeit. Wie gesagt, vertrete ich die These, dass die Faktoren, die klassischerweise die demokratische Resilienz der Demokratie erhöht haben, sich unter den gegenwärtigen Bedingungen ins Gegenteil verkehren und ihre Vulnerabilität erhöhen.

Die Herausforderungen werden im Anschluss übersichtsartig genannt, um sie im weiteren Verlauf des Vortrages näher auszuführen.

#### **3.1 Digitalisierung**

Der in unserem Kontext wichtigste Prozess, aus dem demokratische Vulnerabilität resultiert, ist die forcierte Digitalisierung. Digitalisierung bietet auch Chancen für die Demokratisierung der Demokratie (vgl. Gastil 2017), im gegenwärtigen Diskurs wird sie jedoch maßgeblich (d.h. sowohl qualitativ als auch quantitativ) als Vulnerabilität liberaler Demokratie gesehen.

##### **3.1.1 Informationskapitalismus**

Die Digitalisierung möchte ich analytisch in zwei Dimensionen differenzieren. Erstens beziehe ich mich auf die *ökonomische* Dimension der Digitalisierung. Die forcierte Digitalisierung der ökonomischen Sphäre transformiert den Kapitalismus selbst, so dass nur seine Leitidee – Gewinnmaximierung – konstant bleibt. Dieser neue Kapitalismus wird in der Literatur in der Regel als *Informationskapitalismus* bezeichnet. Er führt zu neuen Machtstrukturen, die maßgeblich auf Big Data beruhen. Sie stellen für Demokratie existentielle Herausforderungen dar, da sie die Transformation von demokratischen Gesellschaften in Kontroll- und Überwachungsgesellschaften ermöglichen. Und dies – dem NSA Skandal zum Trotz – maßgeblich durch privatwirtschaftliche Akteure.

##### **3.1.2 Kultur der Singularitäten**

Auf der *kulturellen Ebene* führte Digitalisierung zu einem Prozess des kulturellen Wandels, den Andreas Reckwitz (2017) überzeugend rekonstruiert hat. Dessen Kern ist die normative Aufwertung der *Singularität*, d.h. des *Besonderen* im Gegensatz zum Allgemeinen. Die Singularität geht aufgrund seiner Authentizitätsorientierung einher mit einer Erhöhung der *affektiven* Dimension sowohl der alltäglichen Kommunikation als auch der Kommunikation in der politischen Sphäre.

### **3.1.3 Komplexitätssteigerung und Emergenz**

Aus der Digitalisierung resultiert für die Demokratie folgende Trias an Herausforderungen, auf die Demokratie reagieren muss:

- Eine bislang nicht bekannte Steigerung der Komplexität demokratischen Entscheidens;
- eine Beschleunigung der Umwelt des politischen Systems (insb. des globalen Finanzkapitalismus) und, daraus resultierend, die Erwartung massiver Erhöhungen der Prozessgeschwindigkeit innerhalb des demokratischen Systems (Gegenwartsschrumpfung);
- eine deutliche Erwartungserhöhung an die epistemische Qualität demokratischen Regierens.

Diese Herausforderungen werden konterkariert durch zunehmende Nichtlinearität, Emergenz und Exponentialität, die dem Prozess der Digitalisierung (Vernetzung, Big Data) inhärent sind.

Insbesondere die Geschwindigkeitssteigerungen, die aus Digitalisierungsprozessen resultieren, stellen Herausforderungen für die wissenschaftliche Beschäftigung dar. Denn die Prozesse verlaufen exponentiell und entziehen sich den üblichen Pfadabhängigkeiten früherer Entwicklungsprozesse. Daraus folgt, dass jede positivistische Betrachtung, die auf Basis der Analyse der Vergangenheit und gegenwärtiger Entwicklungen zukünftige Entwicklungen antizipieren will, nicht nur zu kurz greift, sondern strukturell zu spät kommt.

## **3.2 Die hohe Adaptionfähigkeit der Demokratie**

Digitalisierung ist ein *disruptiver* Prozess. Als disruptiver Prozess stellt er einen erhöhten Anpassungsbedarf an die Demokratie. Ein Faktor der klassischen Resilienz der Demokratie war ihre erhöhte Adaptionfähigkeit. Warum vor diesem Hintergrund der aus der Digitalisierung resultierende Adaptionbedarf die demokratische Vulnerabilität erhöht, soll im Folgenden diskutiert werden.

## **4. Porträt der Vulnerabilitäten zeitgenössischer liberaler Demokratien**

Im ersten Schritt möchte ich auf das Individuum und seine Selbstkonzeptualisierung eingehen. Die Renaissance hat Individuum als authentisches Selbst wieder in Geltung gesetzt und die liberale Demokratie zelebriert den normativen Individualismus. Der normative Individualismus war somit historisch konstitutiv für die Demokratie(theorie)entwicklung.

### **4.1 Die Kultur der Singularisierung**

Andreas Reckwitz (2017) stellt die These auf, dass die Ökonomie und die Digitalisierung Motoren einer grundlegenden kulturellen Transformation sind, an deren Ende die Kultur der Singularität steht. Singularität erschöpft sich nicht in dem Konzept der Individualisierung, wie es u.a. Beck (1986) als Signum der zweiten Moderne identifiziert hat. Die Kultur des Singulären umfasst nicht nur das Individuum, sondern zielt auch auf seine Umwelt: Es ist eine Kultur des Einzigartigen, des Einmaligen, eine Kultur der Differenz, die Konsumgüter und deren Aneignungsprozesse ebenso umfasst. Im Kern steht die expressive Dimension der Individualität, die veränderte Formen der öffentlichen Selbstdarstellung und neue Kommunikationsmodi erfordern.

Die Kultur der Singularität basiert auf der Vorstellung der Einmaligkeit des Individuums und dem Wert der Authentizität. Diese Kultur der Singularität impliziert eine stärkere Orientierung auf Affekte und Emotionen, denn beides besitzt die Aura der Authentizität und der Einmaligkeit. Das spätmoderne Subjekt sucht seine Befriedigung im Besonderen.

Wichtig ist an dieser Stelle, dass die Kultur der Singularität erst durch Digitalisierung, Vernetzung, Social Media und Big Data Realität werden konnte. Die Abkehr fordristischer Produktionsideale wurde durch die Erfindung von 3D-Druckern forciert.

Der Bedeutung der Digitalisierung für die Kultur der Singularität ist jedoch zutiefst ambivalent. Denn die Herstellung des Besonderen basiert auf einer Infrastruktur des Allgemeinen. Das Internet mit seinen Standardisierungen und Protokollen ermöglicht es erst *technisch*, dass das Individuum sich als etwas Besonderes ästhetisch und performativ präsentieren kann.

Auf der *Vorderbühne der Digitalisierung* – auf Facebook, Instagram, Twitter – werden ständig *Authentizitätsperformances* aufgeführt, die der Zelebrierung des Besonderen und der Abwehr des Allgemeinen dienen.

Das Internet ist nicht nur die Vorderbühne, es besitzt auch eine Hinterbühne, auf der, vermittelt durch Big Data, Prozesse der Rationalisierung und Standardisierung erfolgen. Diese Prozesse singularisieren das Individuum nicht, sondern standardisieren es.

#### **4.1.1 Demokratiegefährdende Aspekte der Kultur der Singularität**

Was folgt aus dem skizzierten Kulturwandel hin zu einer Kultur der Singularitäten für die Demokratie? Wie kann sich eine Gesellschaft organisieren oder demokratisch selbst regieren, wenn „sie sich an der scheinbar flüchtigen, scheinbar antisozialen Größe des Besonderen ausrichtet“ (Reckwitz 2017: 12)? Was bedeutet die Kultur der Singularität für Institutionen wie z.B. Parteien und Verbände?

Big Data, Social Media und digitale Vernetzung erzeugen wie gesagt eine Vorder- und eine Hinterbühne. Die Vorderbühne sorgt dafür, dass die *private Autonomie* der Bürgerinnen und Bürger erhöht wird, indem die Freiheitsgrade des Expressiven zunehmen. Die Hinterbühne reduziert die *öffentliche Autonomie* der Bürgerinnen und Bürger. Um diesen Punkt zu erklären, möchte ich auf eine Furcht des klassischen Liberalismus verweisen: jene vor der Tyrannei der Mehrheit, vor den dumpfen Affekten, vor der Unberechen- und Unregierbarkeit der Masse. Individualisierung und Rationalisierung waren die Gegengifte des Liberalismus, mit denen die Masse aufgelöst wurde in rationale, wenn auch egoistische, Individuen.

Die Biopolitik, die Foucault skizziert hatte, basierte darauf, dass Herrschaft dem Individuum nicht mehr äußerlich, sondern innerlich ist. Die *Subjektivierung* der Bürgerinnen und Bürger zu Herrschaftsobjekten markiert einen zentralen Wendepunkt in der Durchsetzung staatlicher Macht. Was wir derzeit erleben, ist eine neue Form der Biopolitik. Im Gegensatz zur Moderne, in der die Subjektivierung darauf basierte, dass größere Personenkollektive *identisch* subjektiviert wurden (das dies ihre Regierbarkeit erleichtern würde), ermöglicht Big Data, dass Herrschaft in Form von Subjektivierung über das *Ideal der Singularität* ausgeübt wird.

Denn unabhängig davon, für wie individualistisch, einzigartig und authentisch sich ein Individuum auf der Vorderbühne der Digitalisierung zu wissen glaubt: Auf der Hinterbühne zeigt Big Data, dass die meisten Menschen in ihren Handlungen und

---

Einstellungen *weitaus* berechenbarer und weniger individuell sind, als die Kultur der Singularität dies vermittelt.

Folgt man Thomas Harris, ist Singularität in Verbindung mit der direkter, personenzentrierter Ansprache basierend auf Big Data, der Versuch, Herrschaft auszuüben. Die Subjektivierung und die Ausübung von Macht erfolgen nicht durch staatliche, sondern durch privatwirtschaftliche Akteure. Gerade hierin besteht das demokratisch Fatale dieser Entwicklung: Denn private, nutzenmaximierende Firmen unterliegen keiner demokratischen Kontrolle im Gegensatz zum Staat.

Auf der Ebene der Kommunikation folgt der Aufstieg des affektiven Aktualismus als korrespondierende Kommunikationsform der Kultur der Singularität. Emotionen und Affekte besitzen die Air der Authentizität und avancieren zum hegemonialen Kommunikationsmodus.

Affekte stehen jedoch im direkten Gegensatz zum rationalen und entemotionalisierten Kommunikationsmodus, den die liberale Demokratie und ihre Theorie in den letzten Jahrhunderten präferiert haben. Die Emotionalisierung des politischen Diskurses ist dementsprechend in den letzten Jahren intensiv als Verfallsmoment liberaler demokratischer Ordnung thematisiert worden.

Selbst eine liberale Demokratie benötigt ein Konzept eines schwachen demokratischen „Wir“, basierend auf dem Ideal, dass eine Gruppe von Menschen sich möglichst autonomieschonend sich selbst regieren will. Politik erfolgt im Medium des Rechts durch *kollektiv* bindender Entscheidungen. Gerade dies wird in der Kultur der Singularität problematisch:

Erstens sind Parteien nicht in der Lage, der Idee der Singularisierung zu entsprechen. Ihre Angebote korrespondieren noch immer mit dem fordistischen Ideal der Massenproduktion. Damit sind Parteien auf einer kulturellen Ebene nicht mehr kompatibel mit dem Kulturwandel, den Reckwitz für die Spätmoderne diagnostiziert. Zweitens impliziert die Allgemeinheit von Recht zwingend eine Negierung der Singularität. Die Bereitschaft, sich Recht zu unterwerfen, resultiert aus der normativen Anerkennungswürdigkeit des inklusiven und vernünftigen Prozesses der Rechtsgenese. So zumindest die klassische liberale Vorstellung. Dies wird in der Kultur der Singularität in Frage gestellt. Die Idee von Recht, dessen einheitliche Bindekraft, steht in Opposition zur Kultur der Singularität.

Claus Offe hat in den 1980er Jahren eine demokratische Mindestanforderung spezifiziert, die für den demokratischen *Nationalstaat* galt: Mehrheiten dürfen keine permanenten und Minderheiten keine strukturellen sein. Nur wenn diese Bedingungen gelten, ist die Minderheit bereit, sich einer Mehrheitsentscheidung zu beugen, denn nur unter dieser Bedingung kann die Minderheit bei einer späteren Entscheidung zur Mehrheit werden. Prozesse der Supranationalisierung haben dazu geführt, dass die Einheit von Entscheidungsberechtigten und Entscheidungsbetroffenen zerfällt.

Das Internet als Kooperations- und Kommunikationsraum ermöglicht es nun, dass sich Gruppen jenseits von staatlichen aber auch supranationalen Einheiten entlang von thematischen Fragen bilden und Einfluss auf Politik zu nehmen versuchen. Sie sind Teil einer (supra-)nationalen Governancestruktur, bei dem jedoch das Kriterium von Offe nicht mehr gilt. Denn das „Wir“, das sich in Mehrheit und Minderheit, in Gewinner und Verlierer demokratischer Entscheidungsprozesse ausdifferenziert, existiert nicht. Dementsprechend stellt sich die Frage, welche legitimatorischen, aber auch motivationalen Konsequenzen aus dieser Tatsache resultieren: Steigt oder sinkt die Bindekraft kollektiv verbindlicher Entscheidungen? Steigt oder sinkt die Legitimation solcher Entscheidungen?

Wichtiger ist, dass die Kultur der Singularität Hand an die zentralen sozialstaatlichen Leistungen legt. Dies geschieht nicht auf der Ebene der faktischen Leistungen, sondern auf der *normativen* Ebene der Solidarität. Demokratie und Solidarität sind zwei Konzepte, die genuin zusammengehören. Solidarität konkretisiert sich u.a. im staatlichen *Versicherungsprinzip* (Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, u.a. basieren aus dem allgemeinen Versicherungsprinzip).

Das Versicherungsprinzip kann reformuliert werden als die Kollektivierung individueller Risiken, als die Absicherung des Individuums gegen Risiken, die es nicht (kausal) zu verantworten hat (und nicht individuell überwinden kann), obwohl es persönlich von ihnen betroffen ist (individuelle Betroffenheit ohne individuelle Verantwortung).

Das Versicherungsprinzip gerät jedoch sowohl privatwirtschaftlich als auch staatlich zunehmend an seine Grenzen, denn es funktioniert nur dann, wenn die *durchschnittliche statistische Eintrittswahrscheinlichkeit* für Risiken auf *individueller Ebene* zugrunde gelegt wird. Big Data ermöglicht es, die Granularität zu erhöhen, so dass die Eintrittswahrscheinlichkeit von Risiken nicht mehr auf ein

---

Kollektiv, sondern im Extremfall für einzelne Personen des Kollektivs berechenbar werden. Damit verliert das Versicherungsprinzip und die in ihm aufgehobene Idee der Solidarität ihre funktionale Notwendigkeit. Der Staat, der zur Einhegung kollektiver Risiken implementiert wurde, gerät zunehmend in ein Legitimationsdefizit.

Doch nicht nur der demokratische Sozialstaat gerät in die Krise. Wichtiger ist, dass mit dem Ende des Versicherungsprinzips auf der Makroebene auch eine Veränderung der Leitidee des Bürgers korreliert. Denn die Risiken (und damit auch die Verantwortung) wird auf die Mikroebene des Individuums bezogen. Das verantwortungsvolle Individuum optimiert sich selbst so weit, dass es nicht in Gefahr gerät, Versicherungsleistungen in Anspruch nehmen zu müssen. Diese Entwicklungen intensivieren einen anderen Prozess, der seit fast 30 Jahren andauert: die Neoliberalisierung der Ökonomie und der staatlichen Politik.

Dass Parteien und Verbände in einer Kultur der Singularität gleichsam aus der Zeit gefallen sind, ist selbstevident. Die Frage, welche Institutionen oder Organisationsformen an ihre Stelle treten können, ist noch offen. Ein Blick nach Frankreich zeigt, dass *politische Bewegungen* eine Alternative in einer Kultur der Singularität darstellen. Denn ihr geringerer Grad an Institutionalisierung, ihre stärkere Affektorientierung und stärkere Fokussierung auf ein Leitthema entsprechen der Singularität weitaus stärker als Parteien.

Die ökonomische Dimension der Digitalisierung wird in der Regel unter dem Stichwort des Informationskapitalismus diskutiert. Der Informationskapitalismus führt zu neuen Formen von Macht, die den klassischen Machtressourcen des Staates in nichts nachstehen. Der Informationskapitalismus ist vielfach analysiert worden, deshalb soll an dieser Stelle ein Hinweis ausreichen: Er wird mit hoher Wahrscheinlichkeit in Überwachungsgesellschaften münden. Diese Überwachungsgesellschaften können staatlicher oder privatwirtschaftlicher Natur sein. Vor dem Hintergrund der stärkeren Regulierung und Verrechtlichung ist es jedoch wahrscheinlicher, dass die Überwachungsgesellschaften privatwirtschaftlicher Natur sein werden. Dies bezieht sich auf jene Daten, die in den Social Media abgegriffen und durch Big Data analysiert werden können.

Der zunehmende Trend zur Kontrollgesellschaft wird durch ein anderes Phänomen intensiviert: das Internet of Things (IoT), d. h. durch Daten, die automatisch generiert werden, ohne dass hierfür eine menschliche Interaktion notwendig ist.

## 4.2 Hohe Anpassungsfähigkeit der Demokratie

Die Herausforderungen, die sich durch Digitalisierung für eine Kultur der Singularität ergeben, sind für die Demokratie gravierend. Es wurde gesagt, dass die Anpassungsfähigkeit der Demokratie in der Vergangenheit ein Faktor ihrer Resilienz darstellt. Anpassungsfähigkeit wird in der Resilienzforschung als ein Kontinuum betrachtet. Es gibt Anpassungen, die den normativen Kern einer Institution bewahren, und jene, die so weitreichend sind, dass sie zentralen Werte und Normen preisgeben. Dies ist aus einer Resilienzperspektive die entscheidende Herausforderung: Die zentrale Aufgabe für die Demokratie(Theorie) besteht in den nächsten Jahren darin, die normativen Ideale von Demokratie zu identifizieren und sie von den historisch kontingenten Formen ihrer Realisierung zu entkoppeln. Denn Prozesse der Digitalisierung zwingen uns, klassische, seit Jahrhunderten etablierte Formen der politischen Willensbildung kritisch zu hinterfragen und (vermutlich) zu suspendieren. Doch solange wir in der Lage sind, mit institutioneller Fantasie Alternativen zu identifizieren und zu implementieren, die ebenjene normativen Ideale und Werte in anderer Form realisieren, verteidigen wir die Demokratie. Doch sowohl in der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion als auch in den Think Tanks verlieren bestimmte demokratische Ideale so sehr an Wert, dass nicht ihre historisch kontingente Implementierung, sondern die Ideale selbst suspendiert werden. Die Arbeiten des Progressiven Zentrum in Berlin und jene des Kollegen Wilke basieren auf dem Argument, dass Politik so komplex geworden ist und die epistemischen Anforderung an Politik so hoch sind (also die Qualitätsanforderungen an den Output des demokratischen Prozesses), dass es aus *funktionalen* Gründen nicht mehr geboten ist, das Ideal der politischen Gleichheit – konkretisiert im „one person - one vote“-Prinzip – weiterhin aufrechtzuerhalten.

Das Progressive Zentrum argumentiert, dass das allgemeine Wahlrecht entscheidungsspezifisch eingeschränkt werden soll. Gruppen der Bevölkerung sollen über bestimmte Fragen in allgemeinen Wahlen und Abstimmungen nicht mehr entscheiden, und zwar fallspezifisch. Damit wird das Ideal der politischen Gleichheit außer Kraft gesetzt. Wilke will ebenfalls die Qualität demokratischer Entscheidungen verbessern. Er geht nicht davon aus, dass man das „one person - one vote“-Prinzip aufgeben soll. Vielmehr schlägt er vor, dass das Parlament sich bei Sachfragen, in denen es seine eigene Problemkompetenz für nicht hinreichend hoch einschätzt, die Entscheidungskompetenz an Expertenkommissionen auslagern kann, die dann

---

mittels delegierter Legitimation politische Entscheidungen in Form von Gesetzen treffen. Lange Legitimationsketten sind in Demokratien die Regel. Die demokratische und legitimatorische Selbstentmächtigung von Parlamenten – wenn auch problemspezifisch – ist neu. So kann sich eine unheilige Allianz bilden: Liberale Demokratietheoretiker, die bereit sind, zentrale Werte und Normen der Demokratie zu suspendieren, vereinigen sich mit den Technologieführern aus dem Silicon Valley, für die Demokratie eine veraltete Herrschaftsform ist: „Die Demokratie ist eine veraltete Technologie [...]; Sie hat Reichtum Gesundheit und Glück für Milliarden Menschen auf der ganzen Welt gebracht. Aber jetzt wollen wir etwas Neues ausprobieren“. Innovationsfanatiker könnten im Zuge ihrer Rettung zu den Totengräbern der Demokratie werden.

## **5. Zivilgesellschaftliches Problembewusstsein als Ressource demokratischer Resilienz.**

Diese Entwicklungen sollten wir als Mitglieder der Zivilgesellschaft mit größter Skepsis betrachten und wenn möglich beenden. Insbesondere die antidemokratischen Haltungen der großen IT-Firmen sollten uns suspekt sein. Wie die demokratische Resilienz gegen diese Herausforderungen gestärkt werden kann, ist eine offene Frage. Das Bewusstsein für die hohe Fragilität der demokratischen Regierungsform und ihrer Unterhöhlung durch eine Kultur der Singularität sind ein erster Schritt, um den Kerngehalt der Demokratie in die Zukunft zu retten.